

1917-1924: Krieg, Revolution und Konterrevolution

Clara Zetkin, Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci - Von der russischen Oktoberrevolution über die deutsche Novemberrevolution zur italienischen Konterrevolution.

Es ist vorauszusehen, dass 2019, im hundertsten Jahr der Ermordung Rosa Luxemburgs, vor allem die berühmte Passage aus ihrem Text *Zur russischen Revolution* über die Demokratiedefizite der bolschewistischen Politik isoliert und damit als idealtypische Matritze beschworen wird



8. Januar 2018 · Sabine Kebir

Clara Zetkin, Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci wandten sich gegen einen normativen Demokratiebegriff

[fn]Der Artikel erschien unter dem Titel *Gegen einen normativen Demokratiebegriff. Clara Zetkin, Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci zur Oktoberrevolution und zur Novemberrevolution*. In: *Die Oktoberrevolution 1917 und die Folgen*, Supplement v. Sozialismus VSA, Hamburg) 12/2017, S. 39-54.[/fn]

Es ist vorauszusehen, dass 2019, im hundertsten Jahr der Ermordung Rosa Luxemburgs, vor

allem die berühmte Passage aus ihrem Text *Zur russischen Revolution* über die Demokratiedefizite der bolschewistischen Politik isoliert und damit als idealtypische Matritze beschworen wird – für die Illegitimität sozialistischer Revolution in all ihren Stadien, insbesondere der bolschewistischen Revolution von 1917: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ‘Gerechtigkeit’, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ‘Freiheit’ zum Privilegium wird.“

[fn]Rosa Luxemburg: *Zur russischen Revolution*, Gesammelte Werke, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1974, S. 359.[/fn]

Die Popularität dieser Passage speist sich aus der Erinnerung an die gesellschaftlichen Bewegungen gegen die als immer drückender empfundenen Demokratiedefizite in den letzten Jahren der DDR. Dabei wird übersehen, dass Luxemburg keinen normativen Demokratiebegriff hatte, sondern in einer Zeit revolutionären Umbruchs durchaus Demokratie und Diktatur des Proletariats miteinander verband – doch dazu später. Die Demokratiedefizite der realsozialistischen Länder waren untragbar geworden, weil sie die mittlerweile hoch qualifizierten Bevölkerungen weiterhin zu unmündigen Kindern machte, anstatt die Staatsgeschäfte durch zunehmende Transparenz und Mitwirkungsmöglichkeiten mehr und mehr in die Hände der Zivilgesellschaft zu legen.

Bei der Beurteilung der Oktoberrevolution und ihrer Wirkungen dürfen jedoch nicht dieselben Maßstäbe angelegt werden wie an die Bilanz der darauf folgenden relativ langen historischen Periode. Das hieße, ihr nicht nur jegliche positive Wirkung abzusprechen, sondern auch die ungenutzten Chancen zu negieren, die die Bilanz der Entwicklung der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers hätten verbessern können. Und obwohl die Führungsgruppe um Lenin entschlossen gewesen war, den 1. Weltkrieg nach Möglichkeit in einen Krieg des Proletariats gegen die den Krieg anführenden Ausbeuterklassen zu verwandeln, ist nicht außer acht zu lassen, dass die Oktoberrevolution nicht generalstabsmäßig geplant, sondern nur unter geschickter Ausnutzung von Umständen, in die Russland infolge des Kriegs geraten war, herbeigeführt werden konnte. Unter dem Eindruck der politischen Erfolge der SPD hatte sich Friedrich Engels – nur 22 Jahre zuvor – im Vorwort zur Neuherausgabe von Marx` *Klassenkämpfe in Frankreich* etwas anderes vorgestellt: einen zwar nicht reformistischen, aber doch parlamentarisch gestützten Weg in den strukturellen Umbruch zum Sozialismus. Dass die SPD 1914 den Kriegskrediten u. a. deshalb zustimmen würde, damit in Russland die Zarenherrschaft gestürzt und Demokratie eingeführt werden könnte, lag außerhalb seiner damals gewonnenen Vorstellungen.

Neben der Dämonisierung sozialistischer Klassiker existiert auch das Bedürfnis, sie anhand historisch isolierter Zitatensammlungen zu Kirchenvätern und -müttern zu machen. Nützlicher wäre, sich zu vergegenwärtigen, dass auch klügste Analysten nur einen begrenzten Blick auf die Zukunft haben, der bestenfalls große Linien umfasst wie das bei Marx` wissenschaftlicher Beschreibung des Kapitalismus der Fall ist. Viele Facetten der Entwicklung des Kapitalismus, die für aktuelle Beurteilungen wichtig sind, konnte er nicht vorhersehen wie z. B. den Faschismus oder die konkrete Entwicklung des Sozialismus, für die er nur allgemeinste

Aussagen machte.

Anders als Gegenwart und Zukunft hat die Vergangenheit keine Alternativen mehr, was nicht heißt, dass es sie nicht gegen hätte. Aber es ist falsch, spätere, gegenwärtige und künftige Entwicklungen als hochprozentig determiniert durch ein Gründungseignis anzusehen wie es die Oktoberrevolution war. Die Bedeutung sozialistischer Führungsfiguren ergibt sich daraus, dass sie, um die Realisierungsmöglichkeiten von Alternativen richtig einzuschätzen, gerade in den ereignisreichen und schwer zu prognostizierenden Zeiten am Ende und nach dem 1. Weltkrieg, ihre Analysen und Standpunkte immer wieder änderten.



Arbeiter im Auto - Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution, Dietz-Verlag, Berlin 1978

Gegen die „mechanische Übertragung eines engbrüstigen westeuropäischen Entwicklungsschemas“ (Clara Zetkin)

Dass auch Clara Zetkin damals eine überaus kluge Taktikerin und Strategin war, offenbaren die 2016 erschienene vollständige Sammlung ihrer *Kriegsbriefe*. Die Internationale Sekretärin der 1907 gegründeten Fraueninternationale führte die von ihr geleitete Zeitschrift *Die Gleichheit* 1914 sofort auf Antikriegskurs und erkannte auch, dass sich die Lebensverhältnisse der Frauen durch ihre Einbeziehung in die Arbeitswelt so grundlegend ändern würde, dass die Anerkennung wesentlicher Grundrechte durchsetzbar werden könnte. Entgegen der Linie des Parteivorstands und der Fraktion der SPD gelang es ihr, – trotz Kriegszensur – die Beziehungen zu den sozialistischen Frauenaktivistinnen auch in den nun ‘befeindeten’ Ländern aufrecht zu erhalten und für die Organisation von Friedensbewegungen zu gewinnen. Es ist nicht bekannt, dass durch Zetkins Initiative im März 1915 – ein halbes Jahr vor der Konferenz

in Zimmerwald – eine Friedenskonferenz mit 25 delegierten Frauen aus Deutschland, Frankreich, England, Italien, den Niederlanden und Russland in Bern zustande kam. In der von Zetkin verfassten Resolution heißt es, dass der Weltkrieg „in einem unversöhnlichen Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse in den kriegsführenden wie in den neutralen Staaten Europas, ja der ganzen Welt“ stünde. Unter der irreführenden Losung, die Interessen des Vaterlands durch patriotische Pflichterfüllung zu wahren, vergeudet er Gut und Blut des arbeitenden Volks. Er fordert dessen ganze Energie, Opferfreudigkeit und Kampfestüchtigkeit für die Ziele des kapitalistischen Imperialismus ein und stellt damit die besten proletarischen Kräfte in den Dienst der ausbeutenden und herrschenden Klassen.“ Aus der Friedenssehnsucht der Frauen müsse bewusstes Eintreten für den Frieden werden. Den Sozialistinnen erwuchse die Aufgabe, ohne „Furcht vor Hindernissen und Verfolgungen [...]“ durch Massenkundgebungen jeder Art ihr internationales Solidaritätsbewußtsein und ihren Friedenswillen zu bekunden. Der jetzige Krieg weist mit dem Kampfe für den Frieden den Frauen eine gewaltige geschichtliche Aufgabe zu. Wenn sie begriffen und erfüllt wird, kann dies von der größten Tragweite für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts um das Ringen für den Sozialismus werden.“ Die Konferenz habe „den Beweis erbracht, daß die Sozialistinnen aller Länder- namentlich auch der kriegsführenden – in alter schwesterlicher Treue zusammenstehen“ und hoffe, dass „die Proletarierinnen aller Länder in der gleichen Einheitlichkeit sich zur internationalen Friedensaktion zusammenscharen werden.“ Diese müsse „Vorläuferin einer allgemeinen Bewegung der werktätigen Massen für die Beendigung des Brudermordens sein. Sie muss einen wichtigen Schritt vorwärts bedeuten zum Wiederaufbau der einen großen Arbeiterinternationale.“

[fn]Clara Zetkin: *Die Kriegsbriefe (1914-1918)*, hrsg. v. Marga Voigt, Karl Dietz Verlag Berlin, 2016, S. 209-212.[/fn]

(209-212)

Die Oktoberrevolution polarisierte nicht nur die SPD, sondern auch die USPD. Prominentester Vertreter der antibolschewistischen Position war Karl Kautsky, der – im Rückgiff auf Marx, der die sozialistische Revolution in den kapitalistisch fortgeschrittenen Ländern erwartet hatte – grundsätzlich infrage stellte, ob Russland schon reif für diesen historischen Schritt sei. Weil sich auch in Deutschland eine revolutionäre Situation anbahnte, wurde die Auflösung der Konstituante und der massive Abbau demokratischer Rechte durch die Bolschewiken der wichtigste Streitpunkt. An Heleen Ankersmit, bis vor kurzem die Sekretärin des Propagandaclubs der niederländischen Sozialdemokraten, schrieb Zetkin am 29. April 1918 über ihren Ärger darüber, dass die Zensur ihre Kritik an Kautsky in der Frauenbeilage der *Leipziger Volkszeitung* gelöscht habe. „Kautskys Meinung beruht nach meinem Dafürhalten auf einer mechanischen Übertragung eines engbrüstigen westeuropäischen Entwicklungsschemas auf Gesellschaftsverhältnisse und Gesellschaftskräfte, die an ihrem eigenen historischen Sein geprüft und gemessen werden müssen. Ich verwerfe sie als ein völlig unzulängliches Erfassen des historischen Wesens grundlegender sozialer Umwälzungen überhaupt, und zwar als ein schulmeisterlich-philisterhaftes Erfassen. Unsere kritisierten Freunde [die Bolschewiken] sind die einzigen sozialistischen Realpolitiker großen Stils in unserer Zeit.“[fn]Ebd., S. 385f.[/fn]

Etwa eineinhalb Monate vor Beginn der Novemberrevolution verfasste Zetkin einen *Brief an die*

[nichtöffentliche] Konferenz der USPD [vor dem 11.] September 1918, an der sie selbst nicht teilnehmen konnte. Sie erinnerte an Kautskys in der *Neuen Zeit* vom 27. November 1914 veröffentlichten Aufsatz *Die Internationale und der Krieg*, wonach „die sozialistischen Grundsätze im Frieden eines seien, und die sozialistischen Grundsätze im Krieg ein anderes. Für den Frieden: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Für den Krieg: Proletarier aller Länder, mordet Euch!“ Wer „das deutsche Proletariat an den Wagen des Imperialismus spann“ und „mitverantwortlich an der untilgbaren Schmach“ war – gemeint ist die Zustimmung zu den Kriegskrediten –, „wer damals in der Stunde höchster Gefährdung sozialistischer Grundsätze darauf verzichtet hat, wegweisend vor das Proletariat zu treten; wer damals und in den nächsten, schweren Monaten aus einem Führenden zu einem Irreführenden geworden ist – dem steht es meines Dafürhaltens nicht an, sich zum Richter über die angebliche Preisgabe und Kompromittierung sozialistischer Grundsätze durch die Bolschewiki aufzuwerfen.“ Das erschien ihr um so weniger angebracht, weil das angebliche Debakel der bolschewistischen Außenpolitik – gemeint ist der Frieden von Brest-Litowsk – das Ergebnis der Kriegsbefürwortung, des „Verbrechens der Regierungssocialisten und der passiven Mitschuld der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ sei.[fn]Ebd., S. 407. Der Anfang März 1918 geschlossene Friedensvertrag von Brest-Litowsk endete mit einem Diktatfrieden Deutschlands gegenüber Sowjetrussland, das erhebliche Gebietsverluste hinnahm. Sie wurden von Lenin ausdrücklich akzeptiert, weil die Popularität der Bolschewiken auf dem Versprechen beruhte, sofort Frieden zu schließen und den feudalen Landbesitz an die Bauern zu verteilen. Der Vertrag war unter deutschen Sozialdemokraten umstritten, da man darin einen Beweis für die Schwäche der bolschewistischen Position zu sehen glaubte. Rosa Luxemburg kritisierte ihn, weil große Gebiete der Ukraine, des Baltikums und Polens unter den Einfluss Deutschlands kamen und zu Herden der Gegenrevolution aufgebaut werden konnten.[/fn]

Aus Zetkins Sicht hätten sich die Bolschewiken „Auge in Auge mit einer gegebenen und nicht einer frei gewählten geschichtlichen Situation“ befunden, dem Weltkrieg nämlich, in dessen für die Volksmassen katastrophalem Verlauf die Perspektive einer sozialistischen Transformation greifbar wurde. Aber anstatt alle Kräfte darauf richten zu können, mussten sie „die imperialistische Hinterlassenschaft des Zarismus liquidieren, [...] die die Regierung Kerenski mit ihren zwar wortschönen, aber grundsatzlosen tatfeigen Kriegspolitik“ fortsetzte.[fn]Ebd., S. 412.[/fn] Und sie mussten gegen das Ausbremsen des revolutionären Elans durch die rechten Sozialisten und Sozialrevolutionäre handeln, die nach der Februarrevolution in vermeintlicher Übereinstimmung mit dem kommunistischen Manifest handelten, wonach „die Sozialisten mit der Bourgeoisie gemeinsam vorgehen, wenn diese revolutionär kämpft. Ihre Aktion hat sich äußerlich gesteigert, entsprechend der Entfaltung der Revolution und des Hervortretens ihres proletarischen Wesenselements. Sie ist von der bloßen Kontrolle der bürgerlichen Demokratie bei der Ausübung der Staatsgewalt zur Teilung der Staatsgewalt mit der bürgerlichen Demokratie fortgeschritten. Allein, sie hat damit nach und nach an innerer Kraft, an sozialistischem Gehalt verloren. Statt die bürgerliche Demokratie mit sozialistischem Leben zu erfüllen, wurde sie in die Schranken der bürgerlichen Herrschaft gebannt. Und die Sozialisten und Sozialrevolutionäre sind im Widerspruch zu Marxens Auffassung bei der Demokratie geblieben, als diese aufhörte, revolutionär zu sein, als sie reaktionär wurde.“ Deshalb bedaure sie, „daß die Menschewiki und rechten Sozialrevolutionäre als Gefangene ihres Schemas von der Berechtigung und Nichtberechtigung einer proletarischen Revolution aus Mitarbeitern der bürgerlichen Demokratie zu deren Gefangenen gewordenen sind.“[fn]Ebd., S. 428ff.[/fn]

Gewiss habe sich das Proletariat „des Parlamentarismus bis an die äußerste Grenze der Nutzbarmachung zu bedienen. Allein auch er gehört zu den Staatseinrichtungen, die ein siegreiches Proletariat nicht einfach übernehmen und seinen eigenen Zwecken unterwerfen kann, [...] auch so rechtfertigt es sich, dass der ‘Bolschewismus’ die Konstituante durch die Sowjets, das Wirken einer beschließenden, gesetzgebenden Körperschaft durch die Aktion von Organisationen [Räte] ersetzt hat, die auf breitester demokratischer Basis beruhen, gesetzgebend, verwaltend und ausführend zugleich sind.“ Dieses problematische Zusammenfallen von Judikative und Exekutive hielt Zetkin für ein „Notgesetz, das nur für die Zeit Geltung haben soll, in der die Diktatur der Proletarier und Bauern besteht und bestehen muß. [...] Die Stunde für die Expropriation aller Expropriateure hat in Rußland noch nicht geschlagen. Noch eignet Minderheiten wirtschaftliche und soziale Macht, die sie gegen die ungeheure Mehrzahl des arbeitenden Volkes brauchen und mißbrauchen können. Soll ihnen zu dieser Macht auch noch das politische Recht werden, ihre eigensüchtigen Ziele gegen die Interessen der Allgemeinheit durchzusetzen?“ Den Bolschewiken „rechnet man es als Todsünde an, daß sie die reaktionären Minderheiten nicht gegen die Revolution bewaffnen wollen. Und das ausgerechnet in der Zeit, wo Revolution und Konterrevolution auf Tod und Leben miteinander ringen, und die Konterrevolution nicht nur von allen reaktionären Kräften Rußlands getragen wird, sondern wo die Truppen, das Gold, der Einfluß der Ententeregierungen mit ihr im Bunde sind.“[fn]Ebd., S. 421f.[/fn]

Nicht nur die spätere Stalin- und Thälmann-Kritikerin Zetkin wurde in der DDR totgeschwiegen, auch wesentliche Teile dieses Briefes wurden censiert wie z. B. die Passage, dass es „der Größe des historischen Werks der Bolschewiki [...] unwürdig“ sei, zu verschweigen, dass sie „auf ihrer Schuldseite manches verzeichnet finde, das mich schmerzt, peinigt, das meines Erachtens hätte vermieden werden können und vermieden werden müssen, manches, das mir unbegreiflich dünkt und das ich mißbilligen muß.“[fn]Ebd., S. 417.[/fn] So verurteile sie nicht nur die Sabotage und Attentate der Sozialrevolutionäre gegen führende Bolschewiken. Es erfülle sie auch mit Sorge, „dass die Bolschewiki die anderen sozialistischen und sozialrevolutionären Richtungen mit eiserner Faust anfassen“. Das „verstößt gegen die Gebote der Demokratie“, diene aber, so hoffte sie, letztlich „den Interessen der Demokratie“. [fn]Ebd., S. 419f.[/fn]

In Hinblick auf die revolutionäre Situation in Deutschland schreibt sie: „Hoffentlich werden die proletarischen Massen lieber dort stehen, wo man sozialistisch handelnd fehlt, als da, wo das sozialistische Handeln fehlt.“ Sie sei „grundätzlich gegen eine Einschränkung der Kritik an dem ‘Bolschewismus’“, wendet sich aber gegen Art und Inhalt der Kritik, wie sie von „Kautsky und anderen“ geübt wird und will sich keinen diesbezüglichen Beschlüssen beugen.[fn]Ebd., S. 432.[/fn] Abgehoben und unrealistisch scheint Zetkin eine „wohlvorbereitete, wohldisziplinierte friedliche Revolution durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluss und nach dem Taktstock mustergültiger Organisationen [...] während über den Wolken Marx und Bismarck, Bebel und Freiherr von Stumm, Stolypin und Plechanow einander in die fleischlosen, seligen Geisterarme sinken. [...] Das Revolutionsvokabularium des Marxismus wird in kirchlicher Treue festgehalten, aber der Sinn der Worte hat sich verflüssigt, ist anders geworden.“[fn]Ebd., S. 431.[/fn]

Der letzte Brief der Sammlung von Zetkins Kriegsbriefen war am 17. November an die aus der Haft entlassene Rosa Luxemburg gerichtet, kurz nach Ausbruch der deutschen November-

revolution: „Das Proletariat errang die politische Macht, fast ohne ernstlich gekämpft zu haben. Oder richtiger: Sein Kampf war negativ gewesen, waren die Prügel, die die Arbeiter als Gladiatoren des Imperialismus von dem Imperialismus der Entente bezogen hatten.[...] Nach der proletarischen Demut und Selbstbesudelung der Kriegsjahre fürchtete die Bourgeoisie das ‘klassenbewußte’ Proletariat der Scheidemänner nicht mehr [...] Dazu die billige Gelegenheit, einer sozialdemokratischen Regierung die Liquidierung der Erbschaft des Weltkrieges an den Hals zu hängen. Indem aber proletarische Massen zu Trägern des Kampfes wurden, griff dieser über die Grenzen der politischen Demokratie, einer bürgerlichen Revolution hinüber. Er mußte diese Grenzen überspringen angesichts der Fragen, die durch den Weltkrieg, den Bankrott des internationalen Imperialismus, den katastrophalen Zusammenbruch der bürgerlichen Welt aufgerollt wurden.“

Zetkin sieht bereits die Gefahr der „Niederwerfung der Revolution“ – unter dem Deckmantel der Demokratisierung: „Die konstituierende Nationalversammlung ist der deckende Schild der bourgeois Gegenrevolution.“ Und es entstünde die Frage, „ob das Proletariat die Macht mit der Bourgeoisie teilen will, was letzten Endes darauf hinausläuft, auf die Macht zu verzichten, oder ob es kämpfen will.“ Schon jetzt sei deutlich, dass sich der „größte Teil des Proletariats unter Führung der Abhängigen [gemeint ist die SPD im Unterschied zur USPD] mit Almosen der Macht begnügen“ würde. Offenbar doch auf eine Entwicklung hoffend, wie sie die Bolschewiken in Gang gebracht hatten, meint sie, dass es auch hier noch Chancen für die Weiterführung der Revolution gäbe. Ob die USPD diesen Kampf aufnehmen würde, sei noch nicht entschieden. Täte sie das nicht, käme die Gründung einer neuen Partei infrage.[fn]Ebd., S. 437-442.[/fn]

Demokratie, Volksherrschaft beginnt erst dann, wenn das arbeitende Volk die politische Macht ergreift“ (Rosa Luxemburg)

Die Briefe an die Konferenz der USPD und an Luxemburg gehören zu den wichtigsten Kriegsbriefen Zetkin, der dankenswerterweise im Anhang auch noch einige der Texte wiedergibt, auf die Zetkin in der Diskussion um die bolschewistische Politik reagierte. Im Nachwort versucht Jörn Schütrumpf Unterschiede zwischen den Positionen Zetkins und Luxemburgs dazulegen, deren Fazit ist: Letztere wollte angeblich auf keinen Fall mit den Bolschewiken identifiziert werden, was suggeriert, dass das bei Zetkin näher liege, zumal sie sich in den zwanziger Jahren auch praktisch eng mit ihnen verband. Diese Gegenüberstellung von späteren Entscheidungen der Überlebenden mit nicht mehr treffbaren Entscheidungen der Ermordeten schreibt verbreitete Vorurteile gegen Zetkin fort und macht aus Luxemburg eine Säulenheilige, der letztlich ähnliche Positionen wie die Kautskys unterstellt werden sowie eine scharfe Distanzierung von den Bolschewiken insgesamt. In Wirklichkeit hat sie ihre Positionen zur Demokratiefrage im auch für Deutschland dramatischen Jahr 1918 immer wieder geändert – gemäß der auch für sie unvorhersehbaren Ereignisse. Es ist fruchtbarer, nicht nur ihren in der Haft, etwa gleichzeitig mit Zetkins Brief an die USPD-Konferenz entstandenen Text *Zur Russischen Revolution*, sondern auch andere damalige Texte nach weiteren Aspekten zu durchforsten. Dabei ergeben sich wesentliche Übereinstimmungen mit Zetkins Positionen. So schreibt Luxemburg in einem *Fragment über Krieg, nationale Frage und Revolution*, dass der „‘Bolschewismus’ [...] das Stichwort für den praktischen revolutionären Sozialismus, für alle Bestrebungen der Arbeiterklasse zur Machteroberung geworden [sei.] In diesem Aufreißen des sozialen Abgrunds im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft, in dieser internationalen Ver-

tiefung und Zuspitzung des Klassengegensatzes liegt das geschichtliche Verdienst des Bolschewismus, und in diesem Werk – wie immer in großen historischen Zusammenhängen – verschwinden wesenlos alle besonderen Fehler und Irrtümer des Bolschewismus.“

[fn]Rosa Luxemburg: *Über Krieg, nationale Frage und Revolution*. In: *Gesammelte Werke*, Bd. 4, Dietz Verlag Berlin 1974, S. 371.[/fn]

Zweifellos optierte sie, trotz ihrer Kritik an der Preisgabe demokratischer Rechte für die Fortsetzung der bolschewistischen Revolution.

Luxemburg teilte auch Zetkins Skepsis hinsichtlich der Nationalversammlung. In ihrem einen Monat nach Zetkins Brief in der *Roten Fahne* publizierter Artikel *Nationalversammlung oder Räteregierung* empfahl sie dem deutschen Proletariat, sich genauso wenig mit der Nationalversammlung zufrieden zu geben wie die Bolschewiken mit der Konstituante: „Entweder Nationalversammlung oder die ganze Macht den A.-u.S-Räten [die Abkürzung wurde damals allseitig verstanden], entweder Verzicht auf den Sozialismus oder schärfster Klassenkampf im vollen Rüstzeug des Proletariats gegen die Bourgeoisie: Das ist das Dilemma. / Ein idyllischer Plan dies: auf parlamentarischem Wege, durch einfachen Mehrheitsbeschuß den Sozialismus verwirklichen! Schade, dass diese himmelblaue Phantasie aus dem Wolkenkuckucksheim nicht einmal mit der geschichtlichen Erfahrung der bürgerlichen Revolution, geschweige mit der Eigenart der proletarischen Revolution rechnet.“ Sie kommt auf eine bestechende historische Analogie: Die Idee der Nationalversammlung sei in der Französischen Revolution realisiert worden und es habe sogar sogleich eine „kompakte Majorität“ des Bürgertums gegeben. Dann aber kam: „Die Vendee, die Emigration, Verrat der Generäle, Zettelungen des Klerus, Aufstand von fünfzig Departements, Koalitionskriege des feudalen Europas, schließlich als das einzige Mittel, den Sieg der Revolution zu sichern, die Diktatur und als deren letzten Abschluß die Schreckensherrschaft! / So wenig taugte die parlamentarische Majorität, um die bürgerlichen Revolutionen auszufechten!“ Und sie bekräftigt, dass „das Proletariat, als Klasse konstituiert, die ganze politische Macht in seiner Hand sammeln“ müsse. Die „politischer Gleichberechtigung“ werde „erst Fleisch, wo die wirtschaftliche Ausbeutung mit Stumpf und Stil ausgerottet ist. Und ‘Demokratie’, Volksherrschaft beginnt erst dann, wenn das arbeitende Volk die politische Macht ergreift.“

[fn]Rosa Luxemburg: *Nationalversammlung oder Räteregierung?*, ebd. , S. 462-465.[/fn]

Natürlich meinte Luxemburg wie Zetkin, dass nach der auch ihr unvermeidlich scheinenden Phase der Räte-Diktatur die Entwicklung breiterer sozialistischer Demokratie einsetzen müsse. Dass sich das in den kommenden Jahren als problematisch erweisen würde, lag außerhalb ihres historischen Horizonts. Ende 1919 war ihr klar, dass sich die Räterepublik nicht durchsetzen würde und deshalb plädierte sie auf dem Gründungskongress der KPD, am 1. Januar 1919 – gegen die Mehrheit der Delegierten – für die Teilnahme an den Wahlen zu Nationalversammlung. Das hieß aber nicht, dass sie plötzlich an die Durchsetzbarkeit des Sozialismus auf rein parlamentarischem Wege glaubte. In ihrem letzten Artikel *Ordnung herrscht in Berlin*, der in der *Roten Fahne* vom 14. Januar 1919, einen Tag vor ihrer Ermordung erschien, schrieb sie: „Es ist da mit den Revolutionskämpfen das direkte Gegenteil der parlamentarischen Kämpfe. Wir hatten in Deutschland binnen vier Jahrzehnten lauter parlamentarische ‘Siege’, wir schritten geradezu von Sieg zu Sieg. Und das Ergebnis war bei der großen

geschichtlichen Probe am 4. August 1914: eine vernichtende politische und moralische Niederlage, ein unerhörter Zusammenbruch, ein beispielloser Bankerott.“[fn]Rosa Luxemburg: Die Ordnung herrscht in Berlin, ebd. S. 537. [/fn]

Eine komplexere und längerfristige Strategie und Taktik als die der Bolschewiki zwischen März und November 1917“ (Antonio Gramsci)

Nicht nur weite Teile der SPD und der USPD, sondern auch die meisten italienischen Sozialisten beriefen sich auf Marx, um zu behaupten, dass sich die Geschichte nach einem Kanon der Gesellschaftsformationen entwickle und Russland für den Sozialismus nicht reif sei. Seit der Konferenz in Zimmerwald entstand in der PSI unter dem Einfluss Lenins eine revolutionäre Linke, die kritisierte, dass angeblich marxistische Positionen zu mechanisch-materialistischem Denken geführt und die Partei angesichts der Herausforderungen des Krieges und seiner sozialen Folgen in Trägheit versinken ließ. Der revolutionären Linken gehörte auch Antonio Gramsci an, in dessen politischem Denken ähnliche Strategiewechsel wie bei Luxemburg nachzuzeichnen sind. In seinem Artikel *Die Revolution gegen das Kapital* vom 24. November 1917 polemisierte er gegen die Reduktion des Marxschen Geschichtsbegriffs: Die Bolschewiken hätten sich nun „definitiv mit der allgemeinen Revolution des russischen Volkes verschmolzen“ und dafür gesorgt, dass die Ereignisse nicht stagnierten, der Lauf in die Zukunft nicht innehielte“, was in eine „bürgerliche Ordnung“ geführt hätte. Sie „haben die Macht erobert, ihre Diktatur gefestigt und stehen im Begriff, sozialistische Formen zu entwickeln. In Russland sei Marxens *Kapital* weniger ein Buch des Proletariats als der Bourgeoisie gewesen, weil aus ihm die „schicksalhafte Notwendigkeit“ herausgelesen werden konnte, „daß sich in Russland eine Bourgeoisie entwickeln würde, daß eine kapitalistische Ära beginnen, eine Zivilisation westlichen Typus‘ entstehen würde, bevor das Proletariat überhaupt an seine Erhebung, an seine Forderungen als Klasse, seine Revolution denken könne. [...] Die Tatsachen haben die kritischen Schemata zersprengt, innerhalb derer die Geschichte Russlands nach den Kanons des Historischen Materialismus hätte ablaufen müssen.“ Er schloss: „Die Bolschewiken verleugnen Karl Marx“ – was er wenig später mit anderen Artikeln berichtigte, die den Auftakt zu seiner eigenen Weiterentwicklung Marx’schen politischen Denkens darstellen: Bekräftigung der Verantwortung zur politischen Initiative bei gleichzeitiger sorgfältiger Analyse tragfähiger oder eben nicht tragfähiger historischer Chancen.

Das von Hegel und Lenin inspirierte nichtmechanistische Denken hatte Gramsci schon 1916 der auch unter den Sozialisten weit verbreiteten Ansicht zu widersprechen, dass die Kolonialvölker noch lange der Anleitung ihrer Kolonisatoren bedürften.[fn]Hier folge ich kurz Paraphrasierung Domenico Losurdos: Antonio Gramsci dal liberalismo al ‘comunismo critico’, Gamberetti Editrice, Rom 1997, S. 89.[/fn] In Artikeln von 1916 geißelte er die unheilvollen Folgen der italienischen Interventionen in Libyen und Eritrea[fn]Antonio Gramsci: Cronaca Torinesi 1913-1917, Einaudi, Turin 1980, S. 229, zit. n. Losurdo, a. a. O.[/fn] und verurteilte die Scheinheiligkeit der angeblich moralischen Prinzipien der Kolonisation, die nur Lippenbekenntnisse im Mutterland wären, „die Befreiung der indigenen Völker aus allen Formen der Sklaverei darf sich nicht verzögern.“ Es müsse Schluss sein mit „unserem europäischem Egozentrismus [...] Wir halten uns für das Zentrum des Universums und vergegenwärtigen uns kaum, dass es außer uns, außerhalb der Sphäre unseres alten Kontinents, große Bewegungen menschlicher Aktivität gibt, die Ereignisse mit entscheidenden Auswirkungen auf uns-

er Schicksal anbahnen. Nach dem europäischen Krieg wird der Krieg der Kolonien nicht lange auf sich warten lassen.“[fn]Ebd., S. 255-258.[/fn] In dem Artikel *Die revolutionäre Woge* von 1919 berichtete von Unruhen in Irland und Kanada, denen sich das britische Empire stellen musste. Hinzu kam: „Das transkaspische rote Heer der Bolschewiken hat die Grenzen von Persien und Afghanistan erreicht und es beherrscht die Straßenverbindungen, die nach Indien, Turkestan und nach Kleinasien führen, [...] womit die Revolte der muslimischen Unterschichten gegen die ausbeuterischen Händler der Christenheit stimuliert wird.“ Freilich marschiere auch die „internationale Reaktion gegen die russische Kommune. Aber auf den Plätzen und Straßen aller Länder der Welt schlägt die Revolution ihre Zelte auf.“

[fn]Antonio Gramsci: *La marea rivoluzionaria*. In: *L`Ordine Nuovo*, 7. 6. 1919. In: Ders: *L`Ordine Nuovo*, Einaudi, Turin 1975, S. 241. (Übers. Kebir).[/fn]

Als Agnelli, der Besitzer der FIAT-Werk in Turin 1919 amerikanische Kapitalbeteiligung akzeptierte, schrieb Gramsci: „Die FIAT-Werke sind eine nordamerikanische Kolonie geworden, in der die rechtschaffenen wilsonianischen Pioniere hartnäckig und ausdauernd daran arbeiten, in Italien des Völkerbunds ersten gesellschaftlichen Kern zu schaffen.“

[fn]Antonio Gramsci: *Ein Sowjet in Turin, Avanti* (Turiner Ausgabe), 5. 2. 1919. In: *Philosophie der Praxis*. Eine Auswahl, übers. u. hrsg. v. Christian Riechers, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1967, S. 27. [/fn]

Den Völkerbund sah er als Kolonisierungsinstrument der USA an, die damit auch Einfluss auf europäische Länder nehmen wollten. Gramsci erkannte also im Imperialismus ein gnadenlos hierarchisiertes Weltsystem der Ausbeutung, an dessen Spitze die USA nun Großbritannien ablösten. Damals wurde er zum Führer einer Rätebewegung, die von Turin aus Ausstrahlung auf ganz Norditalien hatte. Zwischen 1918 und 1920 kam es zu Fabrikbesetzungen mit dem Ergebnis, dass in den FIAT-Werken unter Arbeiterkontrolle zu 70% weiter produziert wurde. Die legale polizeiliche Staatsgewalt konnte diesen Revolutionsversuch nicht beenden. Das gelang nur mit Hilfe von Mussolinis faschistischen Bünden, die mit Mordterror und Brandstiftung vorgingen.

Weil die PSI die revolutionäre Herausforderung nicht unterstützt hatte, entstand 1921 die KPI. Sie wurde zunächst von Amadeo Bordiga geführt, dem Leiter der die Rätebewegung in Neapel. Er konzipierte die KPI wie die Bolschewiken als Kaderorganisation und orientierte auf einen staatsstreichartigen Umsturz nach dem Vorbild der Oktoberrevolution. Das erwies sich schnell als illusorisch, weil es in Italien zu keiner Stabilisierung des liberalen bürgerlichen Systems kam und Mussolini schon 1922 die Macht ergriff, ohne allerdings die formale parlamentarische Demokratie schon abschaffen zu können. 1924 legte Gramsci zum ersten Mal die sehr unterschiedlichen Voraussetzungen der Revolution in Russland und in Mittel- und Westeuropa dar. Bordiga meinte, dass die russische Revolution auf Grund der Unterentwicklung des Landes nur durch eine enorme voluntaristische Anstrengung zustande kam. In Mittel- und Westeuropa sei die Situation reifer und die Revolution würde sich, „gemäß den Voraussagen des Marxismus“ sogar leichter durchsetzen. Es genüge „die Partei an und für sich zu organisieren“ Er wunderte, dass der mittel- und westeuropäische Kapitalismus keine einheitliche Arbeiterklasse geschaffen habe. In ihr habe sich eine „höhere Schicht“ entwickelt, „die Arbeiterakristokratie samt der Gewerkschaftsbürokratie und den sozialdemokratischen Gruppen. Der

Grad der Determiniertheit, der in Russland unmittelbar war und die Massen zum revolutionären Angriff auf die Straße trieb, wird in Mittel- und Westeuropa durch die politischen, aus dem höher entwickelten Kapitalismus entstandenen Überbauten kompliziert und verlangsamt die Aktion der Massen, macht sie vorsichtiger, und erfordert daher von der revolutionären Partei eine komplexere und längerfristige Strategie und Taktik als die der Bolschewiki zwischen März und November 1917.“

[fn]Antonio Gramsci: *Briefe 1908-1926*. Eine Auswahl, übers. v. Klaus Bochmann, hrsg. v. Antonio A. Santucci, Europaverlag Wien, Zürich 1992, S. 157f.[/fn]

Hatte Gramsci zur Zeit der Rätebewegung die bürgerlich-parlamentarische Demokratie vor allem als Revolutionshindernis angesehen, auf dessen Beseitigung zuarbeiten sei, kam er angesichts des zunehmenden faschistischen Terrors, der sich gegen die Arbeiterbewegung insgesamt richtete, zu einer anderen Auffassung. Dabei spielte eine im April 1924 geführte Polemik im *Ordine Nuovo*, der noch existierenden, aus der Rätebewegung hervorgegangenen Zeitung eine wichtige Rolle. Sein Studienfreund Piero Sraffa, damals Ökonomiedozent in Cagliari, meinte in einem Leserbrief, der Faschismus habe die Arbeiterklasse ökonomisch und politisch so geschwächt, dass die KPI maximalistische Ziele aufgeben, stattdessen klare Lösungen zur Verteidigung der Demokratie entwickeln und dafür Bündnispartner suchen müsse. Eine Reorganisation des Klassenkampfs für den Durchbruch zu einer neuen Gesellschaft wäre erst wieder mit der Rückgewinnung demokratischer Verhältnisse möglich. Er glaubte, dass die KPI „zur Zeit kein Nachlassen des faschistischen Drucks erreichen kann: wir befinden uns in einem Moment der demokratischen Oppositionen und es scheint mir notwendig, sie handeln zu lassen, ja, sie zu unterstützen. Wir brauchen jetzt in erster Linie eine ‘bürgerliche Revolution’, die dann die Entfaltung einer Arbeiterpolitik zulässt.“ Es erschien ihm falsch, die bürgerliche ‘Freiheit’ lächerlich zu machen: sie mag gut oder schlecht sein – sie ist es, die die Arbeiter heute für die größte Notwendigkeit halten und sie ist die Voraussetzung für jede weitgehende Errungenschaft“. Freilich müsse diese Politik mit der Ausarbeitung einer darüber hinaus gehenden konkrete Perspektive einhergehen.[fn]Piero Sraffa in: Antonio Gramsci: *La costruzione del Partito Comunista 1923-1926*, Turin 1974, S. 175-178.[/fn] In seiner ablehnenden Antwort unterstellte Gramsci Sraffa zwar gute Absichten, aber doch auch ein „demokratisch-liberales, d. h. normatives und kantianisches Weltbild“, das nicht „marxistisch und dialektisch“ sei. Noch verteidigte er eine Politik, die davon ausging, dass die KPI nicht nur die Arbeiterklasse, sondern bald auch potentielle Bündnispartner gewinnen könne. Sie müsse sich „gleichermaßen den verfassungsmäßigen Oppositionskräften“ – d. h. dem liberalen Bürgertum – wie dem Faschismus“ entgegenstellen, „auch, wenn die verfassungsmäßigen Oppositionskräfte ein Programm von Freiheit und Ordnung unterstützen, das der Gewalt und der Willkür des Faschismus vorzuziehen ist. In Wahrheit wird die verfassungsmäßige Opposition ihr Programm niemals verwirklichen, es ist nur ein Propagandainstrument gegen den Faschismus.“[fn]Ebd., S. 177-181.[/fn]

Als am 10. Juni 1924 der sozialistische Abgeordnete Giacomo Matteotti spurlos verschwand, nachdem er am 20. Mai eine Rede gegen faschistische Wahlfälschungen gehalten hatte, zweifelte die italienische Öffentlichkeit nicht, dass hier ein faschistisches Attentat vorlag. Aus Protest verließen alle nichtfaschistische Parteien einschließlich der von Gramsci geführten kommunistischen Fraktion das Parlament und versammelten sich im Aventin. Gramsci vollzog nun die Wende in der Beurteilung der bürgerlichen Repräsentativdemokratie wie sie Sraffa

für nötig erklärt hatte und versuchte, mit den anderen „verfassungsmäßigen Oppositionskräften“ zusammen zu arbeiten. Er schlug die Bildung eines Gegenparlaments vor, das zum Generalstreik aufrufen sollte. Dazu konnte sich keine andere Partei nicht einmal die direkt betroffenen Sozialisten durchringen. Außer kraftlosen Verbalprotesten unternahm der Aventin nichts, um die öffentliche Empörung in politische Mobilisierung zu transformieren; die Abgeordneten blieben einfach zu Hause. Dass Mussolini diese Situation ausnützen würde, um 1926 das Parlament ganz abzuschaffen, konnten sich offenbar niemand vorstellen.

Am 26. August 1924 schrieb Gramsci: „Die Situation ist ‘demokratisch’, weil die großen arbeitenden Massen desorganisiert, zerrieben [...] sind.“ Die aktuelle Phase sei „nicht vom direkten Kampf um die Macht bestimmt, sondern eine Phase der Vorbereitung, des Übergangs zum Kampf um die Macht, also eine Phase der Agitation, der Propaganda, der Organisation. Das schließt natürlich nicht aus, dass es keine grausamen Kämpfe geben kann und dass sich unsere Partei nicht sofort darauf vorbereiten müsste [...] Wenn in unserer Partei Gruppen und Tendenzen existieren, die aus Fanatismus die Situation anheizen wollen, so wird man gegen sie im Namen der ganzen Partei kämpfen müssen.“[fn]Ebd., S. 37.[/fn]

Als das Gegenparlament auch im Herbst nicht zustande kam, beschloss die KPI – als einzige Fraktion der „verfassungsmäßigen Opposition“ und gegen den Willen der Komintern – ins Parlament zurückzukehren. Sie begründete dies damit, es nicht den Faschisten allein überlassen zu wollen. Gramsci hatte in dieser, für Italien höchstbrisanten Situation mehr Verantwortung für die Demokratie wahrgenommen, als die bürgerlichen Parteien und die Sozialisten. In Texten aus dieser Zeit hebt er hervor, dass die im Rahmen der bürgerlichen Demokratie geschaffenen Institutionen der Arbeiterbewegung – ihre Parteien, Gewerkschaften, Zeitungen und öffentlichen Manifestationen – im Prozess der Zerstörung der bürgerlichen Demokratie als erstes zerstört würden und sie sich deshalb zur Vorhut von deren Verteidigung machen müsste.

Dass die KPI von der parlamentarischen Präsenz profitierte – es gelang ihr, öffentlich als konsequenteste antifaschistische Kraft wahrgenommen zu werden – verleitete Gramsci nicht zu der Annahme, dass sie allein den Faschismus besiegen könne. So unrealistisch damals gemeinsame Aktionen mit anderen „verfassungsmäßigen Oppositionskräften“ waren, so sah er darin fortan doch die einzige perspektivische Möglichkeit der Überwindung des Faschismus. Das legte er in seiner 1926 verfassten Schrift *Die süditalienische Frage* systematisch dar.



Antiimperialismus muss dem Sozialismus zwingend vorausgehen

Man kann heute wieder diskutieren, ob die deutschen und italienischen Sozialdemokraten recht hatten, dass Russland 1917 für den Sozialismus noch nicht reif war. Unstrittig dürfte sein, dass selbst Kautsky die Frage von Krieg und Frieden, aus der damals die Chance einer sozialistischen Perspektive überhaupt nur hervorging, nicht richtig sah. Daher ist daran zu erinnern, dass Zetkin, Luxemburg und Gramsci einem Imperialismusbegriff verpflichtet waren, von dem sich die Sozialdemokraten, einschließlich Kautskys, durch die Unterstützung oder auch nur Duldung von Kolonial- und Annexionspolitik abgewandt hatten.[fn]Kautsky beschäftigte sich seit 1912 und verstärkt 1914 mit der Ausarbeitung einer Theorie des Ultra-imperialismus`, wonach durch zunehmende internationale Kartellbildung der größten kapitalistischen Unternehmen die Konkurrenz und auch Kriege künftig verhindert werden könnten. Lenin widersprach dieser Theorie, weil die Milderung von Konkurrenzdruck im Kapitalismus nur zeitweilig möglich sei, seine Krisenhaftigkeit nicht endgültig überwunden werden könne und immer wieder zu Kriegen führen würde.[/fn]

Diese unterschiedlichen Haltung der sozialisten hatte Auswirkungen auf die Perspektiven der Friedensregelungen. In einem im April 1917 im *Spartacus* erschienenen Artikel hatte Luxemburg die „Arbeitsgemeinschaft“ sozialdemokratischer Politiker verspottet, die ein Programm auf der Grundlage der Friedensvorschläge des amerikanischen Präsidenten Wilson von 1916 vorbereitete, der aber nach der Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges durch Deutschland dann selber in den Krieg eintrat. Die „verspätete Kopie der Wilsonschen Friedensbotschaft“ sei „mehr als politische Impotenz: Sie ist – was die Kautsky, Haase, Ledebour offenbar gar nicht begreifen können: *eine glatte Preisgabe des Sozialismus.*“ Die Arbeiter müssten sich entscheiden: „Entweder machen die bürgerlichen Parteien den Frieden, wie sie den Krieg machten, dann bleibt bei jedem Ausgang des Krieges der Imperialismus die beherrschende Macht, und dann geht es unvermeidlich immer weiter neuen Rüstungen, Kriegen und dem Ruin, der Reaktion, der Barbarei entgegen. Oder ihr rafft euch zu revolutionären Massenerhebungen auf, zum Kampf um die politische Macht, um *euren* Frieden nach außen und nach innen zu diktieren. Entweder Imperialismus und rascherer oder langsamerer Untergang der Gesellschaft oder Kampf um den Sozialismus als einzige Rettung. Etwas Drittes, etwas Mittleres gibt es nicht.“

[fn]Rosa Luxemburg: *Wilsons Sozialismus*, GW, Bd. 4, S. 250f.[/fn]

Wie ein etwa zeitgleicher, also kurz nach der Februarrevolution geschriebenen Artikel Luxemburgs *Die Revolution in Russland* vom 4. April 1917 erkennen lässt, wurde die Kriegspolitik von der SPD mit verblüffend ähnlichen Argumenten begründet wie heutige Kriegseinsätze: „Dem großen historischen Drama an der Newa fehlt nicht sein niedliches Satyrspiel an der Spree. Wenn uns das Gedächtnis nicht trügt, hieß die Lösung vom 4. August 1914: Befreiung Rußlands vom zarischen [so!] Despotismus. Es war ja angeblich das hehre Ziel des Völkermordes, und um dieses ‚alten Programms von Marx und Engels‘ willen haben sich ja die Männer von der sozialdemokratischen Fraktion für die Unterstützung des Krieges entschlossen. / Und nun – wo ist der Jubel über das erreichte Ziel der deutschen Kriegsführung? Wo der Triumph in der Regierungsresse: „Wir haben‘ s erreicht, hurra! Wie begossene Pudel schauen die deutschen ‚Befreier‘ auf das Werk der russischen Revolution.“

[fn]Rosa Luxemburg: *Die Revolution in Rußland*, GW, Bd. 4, S. 244.[/fn]

In ihrer 1918 im Gefängnis verfassten und wegen ihrer ernsten Ermahnungen hinsichtlich des Demokratiedefizits heute verklärten Schrift *Zur russischen Revolution* bekräftigt Luxemburg diesen Aspekt nochmals mit der Betonung, „daß die Revolution von des Jahres 1917 eine direkte Fortsetzung der Revolution von 1905-1907, nicht ein Geschenk der deutschen ‘Befreier’ war.“

[fn]Rosa Luxemburg: *Zur russischen Revolution*, ebd., S. 336.[/fn]

Und in dem Artikel *Die russische Tragödie* vom 11. September 1918 schreibt sie: „Die Schuld an den Fehlern der Bolschewiki trägt in letzter Instanz das internationale Proletariat und vor allem die beispiellose beharrliche Niedertracht der deutschen Sozialdemokratie, einer Partei, die im Frieden an der Spitze des Weltproletariats zu marschieren vorgab, alle Welt zu belehren und zu führen sich anmaßte, im eigenen Land mindestens zehn Millionen Anhänger beider Geschlechter zählte und nun seit 4 Jahren wie die feilen Landsknechte des Mittelalters auf Geheiß der herrschenden Klassen den Sozialismus vierundzwanzigmal [so] an jedem Tag ans Kreuz schlägt.“

[fn]Rosa Luxemburg: *Die russische Tragödie*, ebd., S.391f.[/fn]

Der nicht von der Definition des kurz zuvor erschienenen Werks Lenins *Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, sondern vor allem aus der Kritik der Kolonial- und Annexionspolitik abgeleitete Imperialismusbegriff von Zetkin und Luxemburg stellte gegenüber Marx und Engels eine neue Erkenntnisstufe dar, die erst durch die beschleunigte Entwicklung und den im Weltkrieg mündenden Konkurrenzdruck der kapitalistischen Volkswirtschaften erkennbar wurde. Marx und Engels konnten die Transformation vom Kapitalismus zum Sozialismus nur in abstrakter, letztlich ungeschichtlicher Form konzipieren. Jetzt ermöglichte die globalökonomische Analyse, eine allererste Phase, konkret zu definieren, die realiter nur eine Vorstufe war: den Antiimperialismus. Der Weltkrieg endete mit der Chance einer solchen Politik, die damals jedoch nur von den Bolschewiken in die Wege geleitet wurde. Sie schufen eine in vielem utopische Staatsform mit unrealistischen Zielen, die aber konsequent darin blieb, Implementierung ausländischen Kapitals streng zu kontrollieren. So weit sich das heutige Russland auch von der Oktoberrevolution und dem Leninismus distanziert, in diesem Punkt ist eine Konstante erkennbar, die nur kurz von der Regierung Jelzins unterbrochen war.

Dass mit den antiimperialistischen Grundpositionen der Oktoberrevolution bei weitem nicht alle Voraussetzungen für den Sozialismus geschaffen waren, der sich u. a. durch ausbleibende, bzw. ungenügende Entwicklung von Demokratie schließlich selbst blockierte, hat die spätere Geschichte bestätigt. Aber nicht gesehen zu haben, dass der Antiimperialismus dem Sozialismus zwingend vorausgehen muss, blieb ein Defizit nicht nur von Kautsky & Co., sondern auch der meisten nachfolgenden Sozialdemokraten. Das Verkennen von Wesenszügen des Imperialismus verführt auch noch heute Sozialdemokraten zur Unterstützung von Kriegen mit der Zielstellung der „Befreiung von Diktatoren“ und der Durchsetzung eines normativen Demokratiemodells.

Zu diskutieren ist heute auf jeden Fall, ob und was am sowjetischen Sozialismus des 20.

Jahrhunderts überhaupt brauchbar war. Unbestreitbar aber ist, dass die Oktoberrevolution weitweit die Ära der antiimperialistischen Revolutionen in den Halbkolonien und Kolonien einleitete, ohne die nach wie vor keine Errichtung von Sozialismus denkbar ist. Dass dafür etliche Zwischenetappen nötig sind, die kein sozialistischer Klassiker vorhersagen konnten, demonstriert die Entwicklung Chinas.

Die antiimperialistischen Revolutionen sind heute keineswegs vollendet, sondern – Rückschläge eingeschlossen – in vollem Gange und oft verunstaltet, weil sie sich gegen Konterrevolution, Neoimperialismus und Kriege verteidigen müssen. Ihr Grundstein wurde mit der Oktoberrevolution gelegt und hierin liegt einstweilen auch deren wichtigstes Erbe. Das als erste der großen deutschen Sozialisten vertreten zu haben – diese Ehre kommt in Deutschland zwei Frauen zu: Rosa Luxemburg und Clara Zetkin.

Luxemburg hat den Brief Zetkins vom 17. November 1918 bis zu ihrer zwei Monate später erfolgenden Ermordung in ihrer Handtasche aufbewahrt. Er enthält auch den furchtbaren Satz: „Die [revolutionäre] Genügsamkeit müsste buchstäblich zur Selbstvernichtung des Proletariats führen“. Hier scheint bereits die gedankliche Linie auf, die Zetkin 1933 in ihrer letzten Rede als Alterspräsidentin des Reichstags zu dem harten Urteil brachte, dass die Machtergreifung des Nationalsozialismus die „Strafe“ für das Versagen der Sozialdemokratie in der Novemberrevolution sei.